

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Ingar Solty: Obama –
Fortsetzung folgt?



Helmut Peters: Die KP
Chinas vor dem Parteitag



Helmut Martens:
Demokratisierung der Arbeit

Vasco Pedrina:
Europäischer Generalstreik?

**Forum
Gewerkschaften**

E. Altvater/B. Riexinger/
prager frühling/A. Ypsilanti

**DEBATTE
ÜBER DIE
STRATEGIE
DER LINKEN**



HARTZ IV

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Immer mal wieder reinschaun:

www.sozialismus.de

Regelmäßige Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen Themen & Ereignissen zwischen den monatlichen Printausgaben; außerdem Tipps & Termine, Kommentar- und Heftarchiv sowie Möglichkeiten zum Abonnieren u.v.a.m.

www.vsa-verlag.de

Die neuesten Buchveröffentlichungen aus dem VSA: Verlag, Lesungs- & Veranstaltungstermine, sämtliche lieferbare Titel, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben, ein wenig Verlagsgeschichte aus 40 Jahren Links u.v.a.m.

www.wissentransfer.info

Arbeitspapiere, PowerPoint-Präsentationen, Veranstaltungshinweise und -berichte, Referentinnen und Referenten sowie Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e.V.

www.vorort-links.de

Netz-Plattform für Analysen & Ansichten aus Ländern, Städten und Regionen. vorortLINKS ist ein unabhängiges linkes Projekt, der LINKEN wohlgesonnen, aber immer auf der Suche nach breiteren Kooperationen.

www.linksnet.de

Ein linkes netzpolitisches Projekt mit großer Reichweite: Mehr als 40 linke Zeitschriften aus Politik und Wissenschaften stellen Beiträge, Rezensionen und z.T. Inhaltsverzeichnisse ein. Sozialismus war von Anfang an dabei.

Hartz IV für Europa

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Hartz IV ein Gewinn – für wen?
Mit der CDU in eine neue Zeit 2

Joachim Bischoff:
Rettung der Eurozone – aber wie? 7

Bildungsrepublik Deutschland: War da was?

Klaus Bullan: Bildung in Deutschland 2012
Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich weiter 12

»Die Partei, die Partei...«

Helmut Peters: Macht- und Richtungskämpfe
Die KP Chinas vor dem XVIII. Parteitag 18

Projekt Obama: Fortsetzung folgt?

Fritz Fiehler: Die USA im Modus der Abschreibung
Haushaltsstudie über Einkommen und Vermögen in der Zeit von 2007-2010 ... 23

Ingar Solty: Fear & Loathing statt Hope & Change – Der US-Präsidentenwahlkampf 2012 und die Aussichten einer Obama-Wiederwahl 29

Forum Gewerkschaften

Vasco Pedrina: Ein europäischer Generalstreik?
Mobilisierung für Alternativen in Europa 38

Otto König/Richard Detje: Gute Arbeit – klare Regeln
Anti-Stress-Verordnung – eine Initiative der IG Metall 43

Helmut Martens: Keine Demokratisierung der Wirtschaft
ohne Demokratisierung der Arbeit 45

Die Linken & DIE LINKE

»Radikal ist, gesellschaftlichen Druck für Veränderungen aufzubauen«
Gespräch mit dem LINKEN-Vorsitzenden Bernd Riexinger 49

Andrea Ypsilanti: Linke Litanei –
ein Versuch der Einordnung 54

Redaktion prager frühling: DIE LINKE im Postneoliberalismus
braucht eine neue soziale Idee 58

Elmar Altvater: Auferstanden aus Ruinen
Das Politische ist der Streit um Grenzen 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

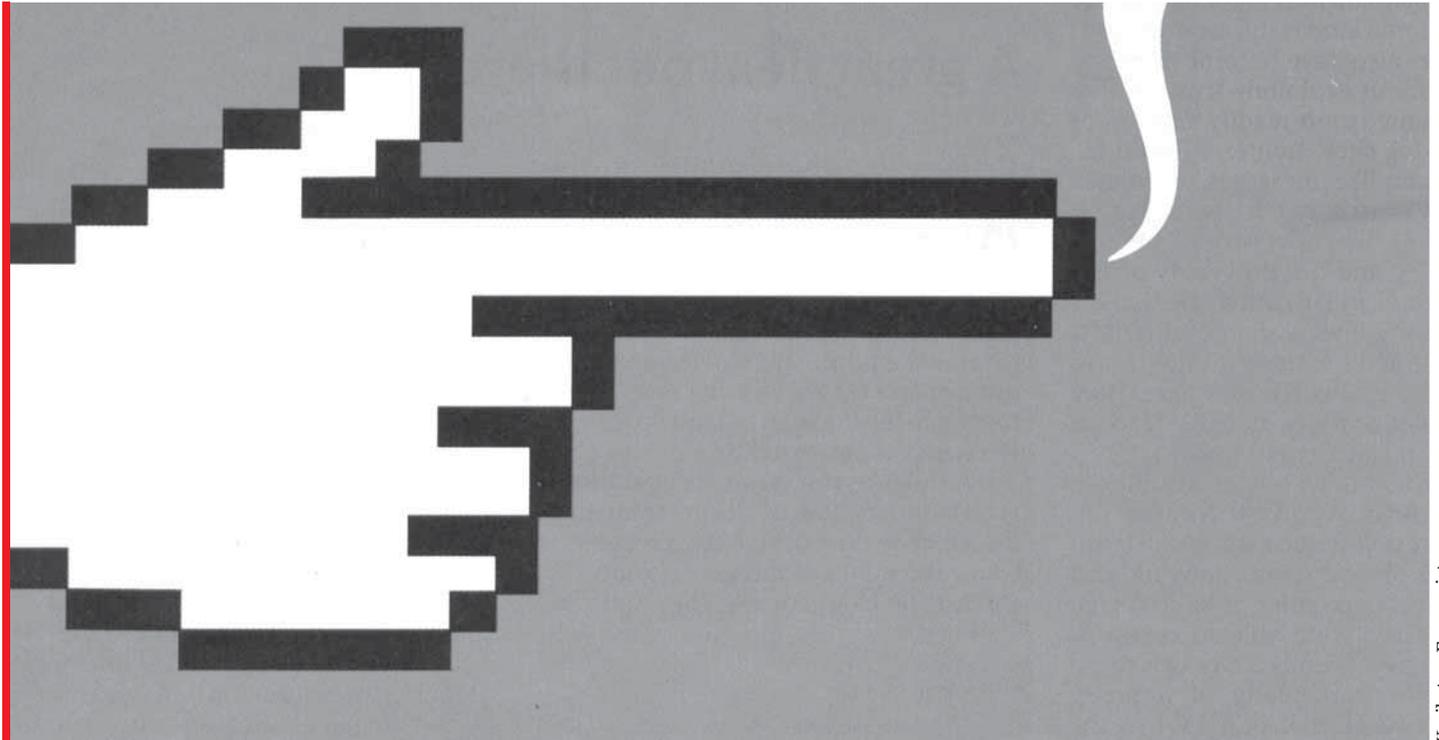
Impressum 47

Veranstaltungen & Tipps 68

Mona Tilgner: Das Schwein von Gaza (Filmkritik) 69

Linke Litanei – ein Versuch der Einordnung

von | Andrea Ypsilanti



Karikatur: Economist

Man kann die Lage der politischen Linken immer noch treffend mit Konstantin Weckers historischem Song beschreiben:

»alle liegen sie richtig, alle haben sie recht,
jeder hat's erfunden, jeder liebt Bert Brecht,
jeder liebt auch Heine und wie schon betont,
alle liegen sie richtig, keiner wird verschont.«

Weckers Song endet übrigens mit der weisen Voraussage:

»und der Onkel, lacht sich eins, denn das weiß auch er,
gegen diese Linke hat er es nicht schwer.«

Das war vor fast 30 Jahren. Und es ist wohl leider heute noch gültig.

Beginnen wir mit Widersprüchen: Die neoliberale Ideologie hat Risse und ist in Bedrängnis. Bis in die Feuilletons darf sogar in konservativen Medien die Frage diskutiert werden, ob die Linke nicht doch recht hat.¹ Die Flut von Büchern, Artikeln, Veranstaltungen zu Kapitalismuskritik ist schier überwältigend.

Einer Umfrage von BBC zufolge, die in 27 Ländern durchgeführt wurde, halten 75% der Befragten den Kapitalismus nicht für die beste Wirtschaftsform.² Aber 51% halten das System für heilbar, fordern allerdings Regulierung und Reformen. 23% plädieren für ein anderes Wirtschaftssystem. Es gibt Bewegung in

der außerparlamentarischen Linken, die, wie bei der Blockupy-Demonstration, bis ins bürgerliche Lager ausstrahlt. Es scheint sich eine Erkenntnis durchzusetzen, dass etwas grundsätzlich falsch ist im System. Gleichzeitig befürwortet die Mehrheit nach wie vor die Soziale Marktwirtschaft.

Demgegenüber steht eine hilflos agierende parlamentarische Linke. Politisch gibt es seit den 1990er Jahren eine strukturelle Mehrheit jenseits von CDU/CSU/FDP sowohl auf Bundes- als auch Landesebenen. Doch das progressive Lager findet nicht zusammen. In Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Berlin sind so genannte Große Koalitionen gegen linke Optionen entschieden worden, die anderen Optionen Rot-Rot oder Rot-Grün-Rot wurden verworfen. In Hessen sollte 2008 zugunsten der inhaltlichen Perspektiven in einer rot-grünen Regierung in fairer Absprache mit der Partei DIE LINKE der Kurs geändert werden. Das Ergebnis ist bekannt. Die Verantwortung dafür trägt zumeist die SPD.

Insbesondere zwischen Rot-Rot, aber auch zwischen Grün-Rot existieren fundamentale Aversionen, die nicht nur rational und zumeist auch nicht programmatisch zu erklären sind. Besonders augenfällig wird dies, wenn man bedenkt, dass sich die

SPD niemals so vehement gegenüber der FDP abgrenzt, obwohl die programmatischen Schnittmengen minimal sind.

Die beiden verkürzt dargestellten Befunde dokumentieren einen Fakt: Es ist augenfällig, dass vermeintlich progressive Wählerstimmen nicht mit dem Taschenrechner zu addieren sind, um daraus parlamentarische Mehrheiten zu basteln. Stimmungen und Umfragen und sogar rechnerische Mehrheiten bei Wahlen sind noch lange keine gesellschaftlichen Reformmehrheiten. Die letzte rot-grüne Koalition kann da nur Warnung sein. Gerade in dieser vermeintlich progressiven Gestaltungsmehrheit wurde der Reformbegriff ad absurdum geführt. Eines der größten Probleme der heutigen Linken in der SPD ist die verpasste Verweigerung gegen diese Reformen wie zum Beispiel die Agenda 2010 oder aktuell gegen den Fiskalvertrag.

Nun wäre es relativ einfach, die Verantwortung für das »Misslingen« alleine der SPD zuzuschreiben. Der klassische Verratsvorwurf hilft vielleicht in Wahlkämpfen, aber in der Praxis kaum weiter. Interessanter ist es, die unterschiedlichen Widersprüche und Tendenzen der progressiven Parteien auf ihr positives Reformpotenzial hin zu untersuchen. Denn eines dürfte auch dem härtesten »Fundi« klar sein: Eine wirklich alternative Politik, für die es theoretisch gut vorbereitete Vorschläge gibt, wird allenfalls außerhalb der Parlamente vorbereitet werden können. Für ihre praktische Umsetzung bedarf es der Parlamente und sie ist damit ohne die Sozialdemokratie kaum zu machen.

Das wird nicht einfach. Insbesondere dann nicht, wenn innerhalb der Linken lieber auf Abgrenzung gegen die »bösen Sozis« gesetzt wird, anstatt mit denen zu paktieren, die innerhalb der Partei noch ansprechbar sind. Parteien sind komplexe Kräfteverhältnisse, bestehend aus vielfältigen Strömungen, Fraktionen, Einzelpersonen und ideologischen Konzepten. So etwas wie »DIE SPD« gibt es nicht.

Zugegeben, der Einfluss der »SPD-Linken« auf Bundesebene ist begrenzt. Zwar gibt es nach wie vor Gremien und Kreise – von der DL 21 bis zur so genannten Oslo Gruppe –, aber weder programmatisch noch personell entfalten diese Wirkung. In der Debatte um den Kanzlerkandidaten oder Koalitionsoptionen spielt die SPD-Linke bisher keine Rolle. Das Schema »die Basis ist links, die Funktionäre rechts« wäre zu einfach gestrickt, obwohl es in der Tendenz stimmig ist. Der Befund taugt zur Erklärung schon deshalb nicht, weil der Verlust von hunderten Mitgliedern als Folge der Agenda-Politik eine tektonische Verschiebung der Mehrheiten auf Parteitag nach sich zog. Unter denen, die die Partei verlassen haben, waren zumeist kritische und linke GenossInnen. Das wirkt nach.

Dennoch – auch wenn es kaum wahrgenommen wird – hat sich die SPD nach der Bundestagswahl 2009 punktuell und sachte thematisch und programmatisch nach links bewegt. Selbst Spitzenfunktionäre wie der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel kommen in Fahrt und finden wieder zu eindeutigen Beschreibungen zurück.³ Auch kleinere Revisionen der Agenda 2010 sind inhaltlich vollzogen worden. Dabei stand das Ziel im Vordergrund, den »naturwüchsigen« Bündnispartner Gewerkschaften wieder zu gewinnen. Diese Verschiebungen kranken freilich daran, dass es nach wie vor keine fundierte Aufarbeitung der Agenda und

der Regierungspolitik von Rot-Grün und Schwarz-Rot gegeben hat. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die rhetorischen Korrekturen nicht zu bedeutsamen Zuwächsen bei Umfragen und Wahlen geführt haben. Zumal auch noch nicht absehbar ist, welche der neuen Verlautbarungen Erkenntnisgewinn sind und welche den Zeitgeist abbilden. Zwar konnten Bundesländer zurück»gewonnen« werden. Aber außer in NRW, wo Hannelore Kraft nach einer erfolgreichen Tolerierung das Kümmerer-Image neu beleben konnte, blieben die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen.

Dies hat einen Grund: Die seit 30 Jahren vorangetriebene neoliberale Transformation der Gesellschaft hat die Politiken, Alltagspraxen, die politischen Ideologien und die Konzeptionen des guten Lebens so tiefgreifend verändert, dass auch die SPD heute ganz maßgeblich von ihnen geprägt ist. Der in diesem Sinne neoliberale sozialdemokratische Flügel ist auf der Führungsebene nach wie vor der stärkste. Es finden zwar auch hier Veränderungen der Positionen statt, etwa Korrekturvorschläge zur Kontrolle der Finanzmärkte, welche die gleichen Akteure zuvor abgeschafft hatten. Eine grundlegende Umorientierung, die einen Bruch mit dem neoliberalen Pfad bedeuten würde, steht hingegen noch aus. Insofern wird wahrscheinlich Mut mit Leichtsinn verwechselt, wenn die Parole einer eigenständigen rot-grünen Mehrheit für die Bundestagswahl 2013 ausgegeben wird. Die Verweigerung der Diskussion um andere linke Optionen wirkt parteipsychologisch als eine Fortsetzung der »Basta Politik«, denn die Gefahr besteht, dass sie als »Dogma« geradeaus in die Große Koalition führt. Die SPD-Linke schweigt dazu, ebenso übrigens wie die Grünen. Beide könnten es besser wissen. Die Große Koalition ab 2005 hat der SPD das schlechteste Ergebnis seit Ollenhauer beschert. Hinter dieser Sprachlosigkeit der Linken steht das strategische und inhaltliche Defizit.

Die Malaise der sozialdemokratischen Linken ist ihre *Sinnblockade*. Selbstgewählt ist sie zugleich nicht das alleinige Privileg der Sozialdemokratie. Die Grünen ebenso wie die Partei der Linken sitzen aus unterschiedlichen Gründen in derselben Sackgasse. Die progressiven Parteien sind Machtmaschinen. Das ist ein Teil der Verdrossenheit der WählerInnen. Sie (meinen zu) spüren, dass das Mittel zum alleinigen Zweck erhoben ist. Bei konservativ-liberalen Parteien überrascht das nicht. Für die politische Linke ist diese Wahrnehmung gefährlich. Die strategische Debatte um eine gesellschaftlich-politische und kulturelle Hegemonie kreist also nicht um die Zukunft, sondern bewegt sich um die Vergangenheit.

Andrea Ypsilanti, Mitglied der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, war von März 2003 bis Januar 2009 Vorsitzende des hessischen Landesverbandes der SPD und von 2007 bis 2009 Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Sie ist Mitbegründerin des Institutes Solidarische Moderne und eine von fünf SprecherInnen in dessen Vorstand.

¹ So Frank Schirrmacher, »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat«, in: FAZ vom 15.8.2011.

² Globescan im Auftrag von BBC.

³ Siehe etwa »Eine Minderheit schadet der Mehrheit – und dem ganzen Land«, Thesenpapier von Sigmar Gabriel zu Banken und Finanzsektor, nachzulesen unter http://www.spd.de/aktuelles/News/74360/20120721_gabriel_thesenpapier_bankenwesen.html.

Die große Erzählung des Neoliberalismus

Oskar Negt schreibt mit Blick auf die Euro-Krise zu Recht: »Mit Verblüffung muss man heute feststellen, wie viel intellektuelle Energie auf Europadiskurse gelenkt wird, die selbst in ihrer radikalsten und kritischsten Position vollkommen dem Bannkreis des Geldes und der politischen Institutionen verhaftet bleibt. Manchmal könnte man auf den Gedanken kommen, dass die öffentlich definierte Realitätsmacht der vorherrschenden Wirklichkeit nicht nur die Gedanken erfasst, sondern auch die Denkstrukturen.«⁴

Trotz der massiven und universellen Krise des Kapitalismus sitzt die neoliberale Ideologie noch fest im Sattel, obwohl Risse sichtbar sind und kein seriöser Kommentar, ob im Finanz- und Wirtschaftsteil oder im Feuilleton, die Auswüchse der neoliberalen Praxis bestreitet. Sieht man jedoch von den größten Krisenländern Griechenland und Spanien einmal ab, bleibt der Protest in den anderen EU-Ländern überschaubar. Punktuell flackert Widerstand sozialer Bewegungen auf, erregt ein Manifest wie »Empört Euch« des Resistance-Veteranen Stéphane Hessel Aufsehen. Die politische Praxis ändert sich damit nicht. Im Gegenteil scheint es so, als ob der Neoliberalismus nun mit der verschärften Austeritätspolitik seinen letzten Siegeszug abhält.

Sicher spielen die materiellen Bedingungen der verschiedenen sozialen Klassen eine wichtige Rolle. Noch geht es den meisten Menschen in Europa relativ gut. Auch die Auswirkungen der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse können immer wieder verdrängt werden und erscheinen noch beherrschbar. Die klassischen fordistischen Institutionen wie Volksparteien und Gewerkschaften sind zudem geschwächt. Die Fragmentierung zumindest der westlichen kapitalistischen Gesellschaften schreitet forciert voran. Es ist jedoch ein großer Irrtum anzunehmen, dass die neoliberale Hegemonie ein äußerlicher, rein ökonomischer Fakt sei. Die neoliberale Ideologie hat sich nicht nur in den Köpfen, sondern auch im Gefühl und damit in den Beziehungen der Menschen in dieser Gesellschaft eingepflanzt.

»Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.«⁵ Was Marx und Engels schon 1848 mit einem kaum verdeckten zynischen Unterton konstatierten, umfasst im modernen Kapitalismus die sozialen und kulturellen Verhältnisse der Akteure. Die »Geiz ist Geil«-Philosophie, die Soaps, Shows, Filme und Serien der Kulturindustrie reproduzieren den ökonomischen Geist der neoliberalen Ideologie. Nicht im politischen oder gar parteipolitischen Sinn. Wer einmal eine Staffel der amerikanischen Kultserie »Desperate Housewives« gesehen hat, in der die Tochter souverän ihrer Mutter »vorrechnet«, dass sie das Sorgerecht nicht aus Liebe, sondern aus Rache gegen den Vater beansprucht, kann den Subtext übersetzen. Das Kalkül, der kurzfristige Gewinn, die (Be)Siegermentalität sind keine privilegierten Charaktereigenschaften der Boni-Banker. Sie sind längst Teil des Alltagsbewusstseins der Menschen.

Zugleich ist es der neoliberalen Ideologie durchaus gelungen, »Glücksversprechen« der antiautoritären Linken der 1960er und 1970er Jahre zu adaptieren. Freiheit, Autonomie, Vielfalt,

Kulturalisierung der Städte und des Individuums sind begrifflich längst enteignet. Eine politische Linke, die diese Tendenzen ignoriert, wird blind vor sich selbst. Denn auch in »unseren Reihen« hat sich in den vergangenen 25 Jahren der Virus in alle Zellen eingeschrieben.⁶

Als sich der Eisener Vorhang des autoritären Realsozialismus 1989 endlich öffnete, schloss er sich gleichzeitig vor der großen sozialistischen Erzählung. »Das Ende der Geschichte« (Fukuyama), das die Liberalen ausriefen, wurde das Mantra der neoliberalen Hegemonie. Sie konnte reüssieren, weil auch New Labour und die Schröder-SPD ihre Kernthesen Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung und konsequenter Rückbau staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen übernahmen. Die »große Erzählung« verspricht heute nicht die humane Gesellschaft, sondern das individualisierte »Glück des Tüchtigen«. Die modernen Helden sind keine Befreier oder Revolutionäre, sondern unermesslich reiche Zuckerbergs und Gates.

Natürlich wurden und werden dagegen Abwehrkämpfe geführt. Das ist nicht neu. Seit dem emanzipatorischen Aufbruch der Aufklärung waren linke Verbände und Parteien zunächst immer in der Rolle der »Negation der Negation«. Gerade die »Realitätsmacht der Utopien« (Negt) haben in der 1968-Bewegung das Aufbegehren gegen die Verhältnisse gestützt. Durch den Verzicht einer realen Utopie hat sich das Verhältnis jedoch grundlegend gewandelt.

Seltsam mut- und kraftlos kommt daher der sozialdemokratische Apell für ein soziales Europa mäandernd durch das Feuilleton. Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin und Peter Bofinger⁷ präsentieren solide Textbausteine, aber keine fundierte Kritik der europäischen Krise. Die »linke« Kritik Sahra Wagenknechts wirkt, um es mit Marx und nicht Erhard zu sagen, sentimental.

Der deutschen parlamentarischen Linken fehlt der Mut zu einer Kapitalismus-Kritik.⁸ Dabei verpasst sie auch noch ihre Chance, sich mit der »Bewegung« zu verbünden,⁹ ihre Kritik und Analyse, ihre alternativen Vorschläge aufzugreifen, für die politische Praxis tauglich zu machen und damit ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Dabei wäre es mutig, zunächst die richtigen Fragen zuzulassen. Warum darf man marode Banken nicht abwickeln oder verstaatlichen, sondern schützt sie mit Steuergeldern, die Staaten dann überschulden? Wer verpflichtet uns eigentlich, uns der vermeintlich anonymen Macht der Finanzmärkte zu unterwerfen? Stattdessen wird der Spagat geübt, das Unbehagen der Menschen irgendwie aufzugreifen, die Regierung zu kritisieren und dennoch, mit Ausnahme der Linkspartei, parlamentarisch alles mitzutragen.

Ansätze linker Gegenhegemonie

Ohne eine konkrete Utopie bleibt eine kulturelle und gesellschaftspolitische Gegenhegemonie der Linken eine Schimäre. Eine progressive Mehrheit, die auch politisch und parlamentarisch zum Ausdruck kommt, wird es nicht als Wunsch, sondern aus Notwendigkeit geben können. Nimmt der zivilgesellschaftliche Druck auf die etablierten progressiven Parteien zu, weil die Rhetorik »durchschaut« ist, müssen sie sich bewegen. Bisher konnten SPD, Grüne und Linke immer Gründe anführen,

warum progressive parlamentarische Bündnisse nicht zustande kommen. Bei der Debatte in der Partei DIE LINKE hat das bis zum Göttinger Parteitag sogar bizarre Züge angenommen. Progressive Wissenschaft, Kunst und Kultur, Sozial- und Commonsbewegung haben aber die Aufgabe dafür zu sorgen, dass diese Gründe nachrangig werden. Das ist ein mühsamer Weg. Oder um noch einmal Oskar Negt zu zitieren: »Nicht die Utopien sind heute unser Problem, sondern die von ihnen gereinigten Wirklichkeitsfragmente, auf die jeder nüchterne Betrachter der Verhältnisse unser Denken zu verpflichten geneigt ist.«¹⁰

Die Chance zur Gegenhegemonie bekommt die gesellschaftliche Linke nur, wenn sie begreift, dass Abgrenzungsrituale in die Sackgasse führen. Und auch nur wenn klar ist, dass es nicht genügt, die linken AkteurInnen in den Parlamenten und außerhalb derselben an »runden Tischen« zu schlechten Kompromissen zu bewegen. Es braucht einen moderierten Prozess, der in einem erneuten Versuch des Cross-Over zu finden sein könnte.

Nicht ohne Grund steht im Gründungstext des Instituts Solidarische Moderne (ISM) die von den mexikanischen Zapatistas übernommene Parole der globalisierungskritischen Bewegung: »Fragend schreiten wir voran«. Der Zusammenschluss von Wissenschaft, Politik, Kultur und Bewegung zur gemeinsamen Suche nach den Methoden, Ideen und Utopien einer Solidarischen Moderne behauptet nicht, von Beginn an alle Antworten schon zu kennen. Das unterscheidet ihn essentiell von klassischen Partei-, Verbands- und Funktionsstrukturen, aber auch geschlossenen Theorie-Kathedralen.

Offensichtlich entspricht dieser Cross-Over-Ansatz, den das ISM neu für sich definiert hat,¹¹ auch dem Bedürfnis vieler kritischer Menschen. Seit der Gründung hat das ISM, das sich ausschließlich aus seinen Mitgliedsbeiträgen und Stiftungszuschüssen finanziert, bereits mehr als 1.600 Mitglieder gewinnen können. Die Fragen der Zeit, ob gerechte Bildungspolitik, sozial-ökologischer Umbau, Humanisierung der Arbeitsverhältnisse oder aktuell Europa, werden in Summer Factories und Projektgruppen offen diskutiert. Neuartig dabei ist der so genannte ISM-Code, ein Verfahren, das AutorInnen und RezipientInnen in einen offenen Dialog bringt. Hier geht es nicht um Beschlüsse, sondern Analysen und Erweiterungen. Dieses »idealtypische Modell« kann man natürlich nicht 1:1 auf gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse übertragen. Entscheidend ist die andere und neue Diskursqualität, die sich erzielen lässt, wenn unterschiedliche Denk- und Theorieansätze und unterschiedliche Logiken gleichwertig in den Diskussionsprozess einbezogen werden. Ein solcher Weg kann auch gesellschaftspolitisch in der Praxis erprobt werden.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass vor 25 Jahren SPD und SED in einer gemeinsamen Schrift¹² zumindest Dialogfähigkeit bewiesen. Nicht ohne Grund verweisen Historiker darauf, dass dieses der Einstieg in die Demokratiebewegung der ehemaligen DDR gewesen ist. Heute sind SPD, Grüne, Linke und neuerdings Piraten peinlich darauf bedacht, tatsächliche oder

vermeintliche Unterschiede hervorzuheben. Der Diskurs mit den außerparlamentarischen Bewegungen wird meistens instrumentell angelegt. Das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für eine progressive Mehrheit. Man kann nicht per Dekret beschließen, dass sich das ändert. Was man jedoch tun kann, ist, Diskurse anzustoßen und Begriffe neu zu besetzen.

Es ist kein Naturgesetz, dass die BürgerInnen beim Begriff »Reform« heute zuerst an Kürzungen, Deregulierung und Privatisierung denken. Reform steht einmal für die Verbesserung und positive Veränderung der Lebensverhältnisse. Das Trauma

»Die Chance zur Gegenhegemonie bekommt die gesellschaftliche Linke nur, wenn sie begreift, dass Abgrenzungsrituale in die Sackgasse führen.«

des »Realsozialismus« hat die parlamentarische Linke bis heute in ihrem Bann. In einer Art Mimikry versucht sie sich selbst zu verharmlosen. Systemfragen werden nicht gestellt und Kritik »muss« realistisch und konstruktiv sein.

Wer aber hindert uns, die Fragen auf der Höhe der Zeit zu stellen? Wollen wir das wirklich nur Frank Schirrmacher überlassen?

Oder halten wir es mit dem zu Unrecht oft geschmähten Godesberger Programm: »In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine glückliche Zukunft oder die Selbsterstörung der Menschheit. Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit. Diese neue und bessere Ordnung erstrebt der demokratische Sozialismus.«

⁴ Oskar Negt, Das Europa von heute und die Wirklichkeit von morgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2012, S. 75

⁵ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 465.

⁶ Hegemonie bedeutet immer, dass auch Positionen der Subalternen aufgegriffen und integriert werden müssen. Die eigene Position muss universalisiert und es müssen Zugeständnisse gemacht werden. Daher ist der Neoliberalismus nicht nur in den Vorstellungen der Linken verankert, sondern Autonomie, Freiheit, Vielfalt waren richtige Forderungen der Linken gegen einen verkrusteten, korporatistischen fordistischen Staat. Und diese hat die neoliberale Ideologie aufgenommen und in ihr Projekt integriert. Autonomie ist jetzt die Autonomie des unternehmerischen Selbst, Vielfalt eine unternehmerische Strategie des Diversity-Managements. Aber das heißt nicht, dass Freiheit, Autonomie und Vielfalt falsche Forderungen waren. Sie müssen aus ihrer Verbindung mit den neoliberalen Diskurselementen befreit und an solche der Solidarität angedockt werden.

⁷ Für einen Kurswechsel in der Europapolitik, in: FAZ vom 4.8.2012.

⁸ Mit Ausnahme der Linkspartei. Ob allerdings die von der FunktionärInnen-Ebene vorgebrachte Kritik in der gesamten Partei geteilt wird, bleibt fraglich.

⁹ Während der Blockupy-Proteste hat die Linkspartei ganz maßgeblich mit der Bewegung zusammengearbeitet.

¹⁰ Oskar Negt, Das Europa von heute und die Wirklichkeit von morgen, a.a.O., S. 76.

¹¹ Siehe hierzu das Stichwort »Crossover« von Sonja Buckel und Andrea Ypsilanti in: Ulrich Brand/Bettina Lösch/Benjamin Opratko/Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg 2012, S. 56-57; siehe auch die erste Buchveröffentlichung des ISM: Johannes Angermüller/Sonja Buckel/Margit Rodrian-Pfennig (Redaktion), Solidarische Bildung. Crossover: Experimente selbstorganisierter Wissensproduktion. Herausgegeben vom Institut Solidarische Moderne, Hamburg 2012.

¹² Grundwertekommission der SPD/Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, veröffentlicht im Vorwärts und im Neuen Deutschland am 27. August 1987.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

